

# Bergsträßer Lehrer<sup>innen</sup>post

Die Zeitung für alle Beschäftigten im Bildungsbereich

Herausgeber:

GEW-Kreisverband Bergstraße



Nr. 68, Januar 2024

CDU serviert die Grünen ab, angelt sich die SPD und bleibt in der Bildungspolitik weiter unkonkret

## Union mit neuem Kuschelpartner

Die Grünen waren mächtig angefressen. Dass sie von der inzwischen so liebgewonnenen CDU dermaßen herzlos und kalt vor die Tür befördert wurden, vom Regierungsbourgeois zum oppositionellen Straßenkötter, das war dann für die grüne Seele doch ein wenig zu viel. Da war man doch für zwei Legislaturperioden unter die kuschelige Decke der Union geschlüpft, fühlte sich dort auf Anrieb so richtig heimisch, so dass man doch glatt zentrale Wahlversprechen über Bord warf. Beispielsweise das Versprechen, dass es mit den Grünen keine Erweiterung des Frankfurter Flughafens gebe. Man sehe die lärmgeplagte Bevölkerung, deren Sorgen und Nöte man ernstnehmen müsse usw.

Doch die Grünen lernten schnell von ihrem großen Koalitionspartner und machten sich flugs die Attitüde Konrad Adenauers zu eigen: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Sehr zur Freude von Fraport.

### Was zählen Politikeraussagen?

Das soll jedoch nur ein kleiner Exkurs dahingehend sein, dass die Halbwertszeit von Politikeraussagen bisweilen von erstaunlicher Kürze ist. Man kann nun trefflich darüber streiten, ob dies ein Grund ist, dass vermeintliche Alternativen (der Wahrheitsgehalt derer Aussagen lässt sich bisweilen auch mehr als stark anzweifeln) sich über zunehmend Zulauf erfreuen dürfen. Wenn sich die Menschen nicht mehr auf das verlassen können, was ihnen zur Wahl als zentrale Aussage präsentiert wurde, dann macht sich bei diesen das Gefühl breit, schamlos belogen worden zu sein. Da sind wachsweiße Rechtfertigungsversu-



Bild: Uwe Wagschal / pixelio.de

Die neue schwarz-rote Landesregierung hat einiges an Wäsche zu waschen. Was der Koalitionsvertrag jedoch zeigt, ist aber eher eine Rolle rückwärts als eine nach vorn gewandte Politik. In der Bildungspolitik gibt es auch wenig Konkretes, aber viel Diffuses.

che in Bezug auf Koalitionswänge vollkommen zwecklos.

Das macht es Populisten (wobei dieses Wort in Bezug auf die AfD schon eine Verniedlichung darstellt) einfach, die wiederum mit ihrem Sammelsurium an Halbwahrheiten punkten können.

### Quittung für die Ampelpolitik

Die Landtagswahlen in Hessen haben es gezeigt. Während die Grünen deutliche Verluste hinnehmen mussten, legte die AfD massiv zu. Dabei profitierte die Partei wahrscheinlich kaum vom Umfallen der Grünen während ihrer ersten Regierungszeit. Vielmehr war es höchstwahrscheinlich die Wut über das Regierungshandeln der Ampel auf Bundesebene, zu denen nun mal die Grünen zählen.

Jetzt ist sie eben vorbei, die Zeit,

in der sich die Grünen mit über-schaubarem Erfolg bemühten, im hessischen Regierungshandeln die eigene Partei erkennbar werden zu lassen. Stattdessen hat die CDU die SPD mit ins Boot geholt. Früher bezeichnete man eine solche Regierungszusammenarbeit als eine Große Koalition. Mittlerweile ist es wahrscheinlich aber ratsam, es schlicht und einfach beim Ausdruck Schwarz-Rot zu belassen, denn es stellt sich inzwischen die Frage, was bei der immer winziger werdenden Winzigkeit der einst so großen SPD tatsächlich noch als „groß“ bezeichnet werden kann. Gewiss ist auch das hessische Wahlergebnis ein Resultat der Ampelpolitik, die von den meisten Menschen als desaströs wahrgenommen wird, wie die Demoskopien in ihren Umfragen eindeutig belegen. Dass eine Ministerin der

Ampelkoalition in Hessen auch noch als Spitzenkandidatin angetreten ist, hat die Angelegenheit ganz gewiss nicht einfacher gemacht.

Im Landtagswahlkampf hörte es sich schon nicht schlecht an, was die SPD forderte. Gerade auch für den Bildungsbereich.

### Wenig Konkretes, viel Diffuses

Liest man jedoch nun den Koalitionsvertrag von CDU und SPD, bleibt eher ein großes Fragezeichen übrig. Wenig Konkretes, dafür viel Diffuses, das ist es, was man von den neuen Wiesbadener Koalitionären präsentiert bekommt. Interessant ist der Jetzt-wird-endlich-angepack-Duktus, der fast schon den Eindruck entstehen lässt, als habe die CDU in den letzten Jahren rein gar nichts mit dem Regierungshandeln zu tun gehabt.

Das Papier trägt dann doch eine allzu deutliche konservative Handschrift. Schon daran wird deutlich, wer in dieser Koalition Herr und wer Diener ist. Grundsätzlich muss man sich als SPD die Frage stellen, ob es tatsächlich so klug war, diese Koalition einzugehen. Von den eigenen Ansätzen ist nicht viel übrig geblieben, die zentralen Ministerien hat sich allesamt die CDU abgegriffen. Falls die neue Regierung viel Missmut im Wahlvolk auslöst, wird die SPD als am Regieren mitbeteiligte Kraft wahrscheinlich mit die Quittung ausgestellt bekommen.

### Freifahrtschein für die CDU

In der derzeitigen Konstellation dürfte das bedeuten, dass die Union einen Freifahrtschein hat, über Jahre hinweg die Landesregierung anzuführen. Es stellt sich nur die Frage, ob nun Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb, Jamaika oder Kenia. Zumindest stellt sich die Frage so lange, wie die so häufig zitierte „Brandmauer nach rechts“ hält und die AfD keine Option als Regierungspartner darstellt. Zumindest in östlichen Bundesländern scheint die Brandmauer ja bereits bisweilen deutlich zu bröckeln. Zwar hört sich einiges im Koalitionsvertrag interessant an. Etwa die vereinbarte Arbeitszeitregelung auf Basis einer Arbeitszeiterfassung oder die Unterstützung der chronisch überlasteten Schulleitung durch Verwaltungskräfte. Das ist nett, hat aber keinerlei Präzision. All das bedarf qualifiziertes Personal und eine gute Bildungsinfrastruktur. Man darf gespannt sein, wie dies umgesetzt werden soll, wenn kein Umsteuern in der Bildungspolitik erfolgt. Erwarten wir lieber mal nicht zu viel, dann kann man wenigstens positiv überrascht werden. **Holger Giebel**

### Resolution: Taten statt Worthülsen!

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution machten Personalräte aus dem gesamten Schulamtsbezirk deutlich, dass die Zeit der Worthülsen endlich vorbei sein muss. Es sind Taten erforderlich, um den Lehrberuf wieder attraktiv zu machen und auf diese Weise dem Lehrkräftemangel entschieden entgegenzutreten.

Seite 2

### Corona-Debatte: Viele unbeantwortete Fragen

Dass die Schulschließungen in der Zeit der Corona-Pandemie massiv negative Auswirkungen auf die SchülerInnen hatte, ist unstrittig. Unser Gastautor Alexander Wittenstein fragt sich allerdings, weshalb sich praktisch kein Widerstand bei den Lehrkräften geregt hat. Zudem vermisst er eine notwendige Aufarbeitung.

Seite 6

### Schubladendenken: Demokratie in Gefahr

Hier böse, dort gut, hier Covidiot, hier Schlagschaf, hier Putin-Versteher, dort Musterdemokrat, hier schwarz, dort weiß. Holger Giebel warnte in seiner Rede zum Holocaust-Gedenktag eindringlich vor vereinfachtem Schubladendenken, das den Diskurs verhindert und damit an den Pfeilern der Demokratie sägt.

Seite 7

### Arbeitszeit: Darf's ein bisschen mehr sein?

Werner Fischer kennt Schule aus Lehrer- und Verwaltungssicht bestens. Daher weiß der ehemalige Abteilungsleiter an einem Beruflichen Gymnasium und Schulamtsdezernent, dass mit Gesetzen bisweilen nicht unbedingt achtsam umgegangen wird – insbesondere wenn es Arbeitszeit oder Vergütung betrifft.

Seite 8

Resolution, die beim Personalrätetreffen in Mörlenbach einstimmig verabschiedet wurde

## Lehrerinnen und Lehrer brauchen keine Worthülsen!



Bild: Holger Giebel

**Einstimmiges Votum:** 120 Personalräte aus Schulen des gesamten Schulamtsbezirks votierten beim Personalrätetreffen im Mörlenbacher Bürgerhaus einstimmig für die vom Gesamtpersonalrat erarbeitete Resolution, in der deutlich gemacht wird, was statt Politiker-Worthülsen wirklich benötigt wird, um Lehrberufe wieder attraktiv zu machen.

Parteiübergreifend wird insbesondere in Wahlkampfzeiten die Bildung als die wichtigste Ressource bezeichnet, die wir in Deutschland haben. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Folgerichtig wäre es, entsprechend in die Bildung zu investieren. Doch stattdessen ist die Bildung unterfinanziert. Es ist festzustellen, dass das System Schule in häufigen Fällen nur durch eine chronische Überlastung der Lehrkräfte funktioniert. Lehrerinnen und Lehrer sowie sozialpädagogische Fachkräfte sind dazu bereit, mit großem Einsatz dieser wichtigen Arbeit nachzukommen, deren Voraussetzungen sich in den letzten Jahren jedoch mehr und mehr verschlechtern haben. Dieser Trend setzt sich offenkundig ungebrochen fort bzw. getroffene Maßnahmen haben eher kosmetischen Charakter. Deshalb muss die Frage ge-

stellt werden, wie an den Schulen es möglich sein soll, künftig noch die Arbeit zu leisten, die den eigenen qualitativen Ansprüchen genügt. Anzuführen ist etwa der Lehrkräftemangel. Obwohl Kultusminister Lorz nicht müde wird zu betonen, dass es sich dabei doch eher um Einzelfälle handelt, haben diejenigen, die tagtäglich an den Schulen arbeiten, einen ganz anderen Eindruck. Allenthalben können Unterrichtsstunden nicht durch ausgebildetes Lehrpersonal abgedeckt werden. Die Folge des Lehrkräftemangels ist eine stetig steigende Arbeitsbelastung, Unterrichtsausfall und sinkende Qualität. Laut einer Studie der Uni Göttingen, die 2020 im Raum Frankfurt erhoben wurde, arbeiten Lehrkräfte im Durchschnitt fast 48,5 Stunden wöchentlich. Damit wird die Höchstgrenze des Arbeitszeit-

gesetzes deutlich überschritten. Eine Sieben-Tage-Woche ist somit für viele Kolleginnen und Kollegen eher die Regel als die Ausnahme. Gesundheitliche Risiken sind die Folge, wie es etwa eine stetig steigende Zahl von Burnout-Fällen in den Kollegien zeigt. Doch trotz gesundheitlicher Probleme schleppen sich zahlreiche Lehrkräfte aus gefühlter Alternativlosigkeit oder falsch verstandener Verantwortung in die Schule. Laut der LaiW-Studie gehen 93 Prozent der Lehrkräfte trotz eines Krankheitsgefühls arbeiten. Der Lehrkräftemangel hat zur Folge, dass Lerngruppen nicht selten bis zur maximalen Größe aufgebläht werden, was zu Lasten der Unterrichtsqualität geht und eine weitere Belastung der Kolleginnen und Kollegen bedeutet. Zudem geht eine ansteigende Anzahl

von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen nicht einher mit einer notwendigen Zunahme von erforderlicher professioneller Unterstützung. Als äußerst belastend wird von vielen Kolleginnen und Kollegen eine mangelnde materielle Ausstattung empfunden. Es macht den Lehrberuf nicht attraktiver, wenn beispielsweise festgestellt werden muss, dass die verwendete Technik von vorgestern ist und die IT-Administration von einer unzureichend entlasteten Lehrkraft statt einer professionellen Fachperson durchgeführt wird. Eine verdeckte Folge des Lehrkräftemangels ist oftmals die Notwendigkeit, dass eine Lehrkraft mehrere Lerngruppen parallel betreuen muss. So wird aus Unterrichtszeit schnell reine Aufbewahrung. Dass nur 40 Prozent derer, die ein Lehr-

amtsstudium beginnen, letztlich auch ihr Zweites Staatsexamen absolvieren, ist nicht weiter verwunderlich. Die hoch belastenden Arbeitsbedingungen, die sie spätestens während ihrer schulpraktischen Studien kennenlernen, wirken abschreckend. Dramatisch sinkende Zahlen in den Studienseminaren sollten Warnung genug sein. Deshalb fordern wir Personalräte der Schulen im Schulaufsichtsbereich Bergstraße und Odenwald:

- Die Absenkung von mindestens anderthalb Pflichtstunden für alle Lehrkräfte
- Eine deutliche Absenkung der Klassenobergrenzen
- Eine deutliche Erhöhung des Schuldeputats für die Entlastung der Lehrkräfte bei außerunterrichtlichen Tätigkeiten
- Eine jederzeit ansprechbare professionelle externe Unterstützung in Bereichen wie Verwaltung oder IT-Support
- Den Abbau von bürokratischen Hindernissen
- Eine bessere materielle Ausstattung der Schulen
- Mehr professionelle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen auch durch Aufstockung der Schulsozialarbeit; unterstützende Systeme (wie z.B. Teilha-beassistenzen) dürfen nicht geschwächt werden
- Die Schaffung von ruhigen Rückzugsräumen für Lehrkräfte
- Den Einstieg in den professionellen Lehrberuf attraktiver zu gestalten
- Doppelbesetzungen sollten (zumindest in Grundschulen) zum Standard werden
- Bedingungen für Intensivklassen müssen verbessert werden, insbesondere auch in Hinsicht auf die Überführung in die Regelschulklassen (Mitzählen beim Klassenzähler!)
- Intensivierung einer verbindlichen Vor-klassenarbeit (z.B. durch Absenkung der „Mindestzahl“)

### Versetzungen

## Anträge in Papierform weiter möglich

Für reichlich Verwirrung sorgte das Vorhaben, Versetzungsanträge künftig nur noch in digitaler Form einzureichen. Ganz unabhängig davon, dass das Verfahren (bislang) schlicht und ergreifend dilettantisch umgesetzt ist (dazu gleich mehr) und nach jedem Klick aufs Neue deutlich wird, dass diejenigen, die für die Programmierung verantwortlich waren, von Schule und den dort einhergehenden Notwendigkeiten schlicht und er-

greifend nicht den Hauch einer Ahnung hatten. Das digitale Verfahren über das NzüK-Portal kann lediglich als optional betrachtet werden. Ein ausschließliches digitales Versetzungsverfahren bedarf nämlich der Zustimmung des zuständigen Hauptpersonalrats (in diesem Fall der HPR des Innenministeriums). Diese gab es bislang nicht. Überdies ist die gegenwärtige digitale Umsetzung weder barrierefrei noch ist sie bezüglich der Anwenderfreundlichkeit frei von Mängeln. So fehlt beispielsweise die Dokumentation für die eigenen Unterlagen, da der Anwender keinen Nachweis erhält, dass der Antrag überhaupt gestellt wurde. Zudem wurden auch die Abläufe des Beteiligungsverfahrens für die örtlichen Personalräte nicht in die Ausgestaltung des digitalen Verfahrens miteinbezogen. Mit anderen Worten: Die digitale Umsetzung ist prinzipiell an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Kurzum: Anträge können weiterhin in Papierform gestellt werden. Sollten Anträge in der Papierform in der Vergangenheit zurückgewiesen worden sein, dann sei empfohlen, diese erneut auf dem Dienstweg einzureichen. Bei einer Verweigerung der Annahme, wie

es bereits von einigen Schulleitungen im Schulamtsbezirk auf unrühmliche Art und Weise vorgelebt wurde, kann auf das Instrument der Dienstaufsichtsbeschwerde zurückgegriffen werden. Es ist also weiterhin für die Schulleitungen verpflichtend, Anträge in Papierform anzunehmen und entsprechend auf dem Dienstweg weiterzuleiten. Rechtsgrundlage für eine Antragstellung in Papierform ist § 22 im Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetz, das für eine Antragstellung eine vielfältige Möglichkeit vorsieht. Ganz explizit lässt sich hier eine Antragstellung auf dem schriftlichen Weg ableiten, also in Papierform. Dass überhaupt ein Antrag gestellt werden muss, lässt sich aus § 26 des Hessischen Beamtengesetzes entnehmen. Überdies schaffte es der Hauptpersonalrat Schule, dem Kultusministerium die Zusage abzurufen, dass eine Freigabe bzw. Versetzung grundsätzlich spätestens nach vier Jahren erfolgt, wenn die Grundunterrichtsversorgung sowie die fachliche Versorgung nicht gefährdet sind. Es empfiehlt sich also, nach einer Ablehnung hartnäckig zu bleiben und weitere Anträge zu stellen.

Holger Giebel

### GEW vor Ort

## Auf 'nen Kaffee mit uns



Bild: Holger Giebel

Auf sehr gute Resonanz stößt bislang die Aktion „GEW vor Ort“, die von der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat ins Leben gerufen wurde. Die Idee ist es, mit den KollegInnen an den Schulen auf ungezwungene Weise in Kontakt und somit ins Plaudern zu kommen. Selbstverständlich interessiert es uns, wo in den Schulen oder allgemein im Bildungssystem der Schuh drückt. Nicht minder schön ist es für uns jedoch auch, mal über ganz andere Themen zu sprechen, die nur am Rande möglicherweise auch gar nichts mit den vielfältigen

Themenbereichen rund um die Schule zu tun haben. Wichtig ist für uns der Austausch. Ein Tässchen Kaffee oder Tee (bei niedrigen Temperaturen darf es natürlich auch Glühwein – nach Schulschluss versteht sich – oder Kinderpunsch sein) und ein paar Knabberereien gibt es auch dazu, wie auf dem Bild, das am Goethegymnasium in Bensheim entstand, zu sehen ist. Habt ihr Interesse, dass wir auch mal an eurer Schule vorbeischaun? Dann einfach melden, es wird sich ganz sicher ein Termin finden.

Holger Giebel

### Gesamtpersonalrat (GPRS)

**Vorsitzender:**  
Tony C. Schwarz  
Weierhausstraße 8c  
64646 Heppenheim

**Tel.:** 06252/9964-207  
**Fax:** 06252/9964-150  
**E-Mail:**  
tony.schwarz@kultus.hessen.de

**Sprechzeiten:**  
Montag und Donnerstag  
von 14 bis 16 Uhr  
und nach Vereinbarung

# Solidarität ist auch im Ruhestand gefragt



Bild: Fritz Kopecký

Treue Gewerkschafter: Die Jubilare Volker Hendricks, Sabahattin Akat und Hedwig Imhof-Ramelow mit dem GEW-Vorsitzendenteam Holger Giebel, Elke Fischer und Friedemann Sonntag (von links).

Viele treten nach Beendigung des Berufslebens aus einer Gewerkschaft aus. Das habt ihr nicht gemacht, denn ihr habt erkannt, dass eine Gewerkschaft auch für Pensionäre noch viel zu bieten hat und es wichtig ist, dass auch Pensionäre ihre Solidarität zeigen“, sagte Holger Giebel, Mitglied des Vorsitzendenteams des Bergstraßeer Kreisverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), bei der Mitgliederehrung im Rahmen der Jahreshauptversammlung in Richtung der langjährigen Gewerkschafter. Zum einen bietet die GEW auch den Pensionären einiges, zum anderen sei die Höhe der Pensionen gekoppelt an die Gehälter, die wiederum von den Menschen erstritten würden, die im aktiven Berufsleben stehen. Giebel bedankte

sich für die jahrelange Treue zur GEW und machte deutlich, dass dies nicht als Selbstverständlichkeit zu sehen sei.

## A13 ein Erfolg der Solidarität

Im Rechenschaftsbericht ging das Vorsitzendenteam um Giebel, Elke Fischer und Friedemann Sonntag auf die zahlreichen Veranstaltungen ein, die im Berichtsjahr zu verzeichnen waren. Als besonderen Erfolg griff Fischer heraus, dass es gelungen sei, eine A13-Bezahlung für Grundschullehrkräfte und damit eine Angleichung der Besoldung aller Lehrämter zu erreichen. „Es war ein langer Weg, doch es wird deutlich, was möglich ist, wenn man etwa entschlossen anpackt, sich solidarisiert und für sein Ziel aufsteht. Dann gelingt es, auch in ein starres System Bewegung hinein-

zubringen“, freute sich die Vorsitzende über die geplante Umsetzung von „A13 für alle“.

Giebel erinnerte an die Veranstaltung der GEW Bergstraße anlässlich des Tags zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, die bereits seit vielen Jahren stattfindet. Es sei weiter dringend notwendig, klare Kante gegen Rechts zu zeigen, zumal es die AfD geschafft habe, das das offene Sagbare immer weiter nach rechts gerückt worden sei und sich inzwischen auch Politiker der sogenannten „bürgerlichen Mitte“ nicht selten eines Vokabulars bedienen, das vor einigen Jahren noch als eindeutig rechtsextremistisch galt.

Außerdem sei es nötig, dass sich jeder ständig reflektiert. Allzu häufig sei inzwischen zu erkennen, dass mittels eines Schubladdenkens ein Diskurs und somit die Grundlage der Demokratie verhindert wird. Menschen mit anderer Meinung würden häufig noch nicht einmal mehr angehört und arglos in Schubladen einsortiert, in denen sich auch tatsächliche Demokratiefeinde befänden. „Ausgrenzen und den Diskurs unterdrücken, das ist die Klaviatur, auf der die Nazis meisterhaft spielten und spielen. Das können sie ja tun, aber wenn Demokraten damit anfangen, dann wird es bedenklich“, unterstrich Giebel.

## Kontraproduktive Vorschläge

Sonntag thematisierte in seinem Beitrag den Lehrkräftemangel und kritisierte scharf die Vorschläge der wissenschaftlichen Kommission, die beispielsweise größere Klassen, eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl und das Ablehnen von Anträgen auf Teilzeit vorgeschlagen

hat: „In einer Zeit, in der schon jetzt die Belastungen nicht mehr zu ertragen sind, in der viele gesundheitlich angeschlagen sind oder sich bereits im Burnout befinden, die Arbeitsbedingungen noch weiter zu verschlechtern und noch nicht mal darüber nachdenkt, dass man so erst recht keine von den dringend benötigten neuen Lehrkräften gewinnen wird, dann macht dies einfach nur noch fassungslos.“

Horst Raupp, Regionssekretär des

Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Südhessen, bedankte sich bei der GEW Bergstraße für ihre Arbeit und die stets vorbildliche Kooperation mit dem DGB. Unter anderem machte der Gewerkschafter deutlich, dass eine Umverteilung der Vermögen dringend nötig sei: „Geld ist in diesem Land im Überfluss da, aber es fehlt in der Bildung, im Gesundheitswesen und in der Pflege. Es wird höchste Zeit für eine Robin-Hood-Steuer.“

## GEW-Landesvorsitzender Thilo Hartmann zu Arbeitszeit und Lehrkräftemangel

### „Eine Stelle allein erteilt noch keinen Unterricht“

Lehrkräftemangel, überfordertes Personal, sinkende Bildungsqualität. Das ist die durch Studien belegte Realität an deutschen Schulen. Für Thilo Hartmann, dem Vorsitzenden des hessischen Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), ist dies jedoch kein unabwendbares Schicksal. In seinem Vortrag „Es ist Zeit für mehr Zeit – mit guten Arbeitsbedingungen gute Bildungsbedingungen schaffen“, den er auf Einladung der GEW Bergstraße in Bensheim hielt, zeigte Hartmann Möglichkeiten auf, wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Gewerkschafter zeigte sich verwundert darüber, dass offenbar nicht frühzeitig auf die Zahlen geschaut werde, die sich aus der Geburtenstatistik ergeben. Daran könne man recht gut die Zahl der künftigen Schüler ausmachen. Allein daran könne man erkennen, dass für den Bedarf es zu wenige Lehrkräfte gebe. Und da seien Kinder und Jugendliche, die als Geflüchtete ins Land kommen, noch gar nicht mitgerechnet.

Aussagen seitens des Kultusministeriums, dass es noch nie so viele Lehrerstellen gegeben habe, seien an sich nicht falsch. „Das Problem ist nur, dass eine Stelle keinen Unterricht erteilt, denn dafür braucht man immer noch Lehrkräfte“, unterstrich Hartmann. Derzeit seien mehr als 1000 Stellen in Hessen unbesetzt. Der Unterricht werde häufig von Personen erteilt, die ihre Tätigkeit ohne Lehrerausbildung ausführen. Freie Stellen würden häufig

kapitalisiert. Die Schulen bekämen das Geld, mit dem die Stelle hinterlegt ist, um Honorarkräfte einzustellen.

## Lehrkräftemangel hat fatale Folgen

Die Folgen des Lehrkräftemangels seien Unterrichtsausfall – auch in verdeckter Form, wenn etwa eine Lehrkraft parallel mehrere Lerngruppen mitbetreuen muss – und Qualitätsverlust, der vor allem diejenigen treffe, die mangels finanzieller Möglichkeiten die Lücke nicht beispielsweise mit Nachhilfe schließen können. Letztlich steige zudem die Arbeitsbelastung des Personals stark an. Laut einer Studie, die in Frankfurt erho-

ben wurde, würden nur 35 Prozent der Arbeitszeit für die unterrichtliche Tätigkeit aufgewendet – Tendenz fallend. Das Kerngeschäft der Lehrkräfte werde also immer mehr zur Nebensache.

Die Überlastung habe Folgen. Ein hoher Krankenstand, die Spitzenposition im Burnout-Index sowie die höchste Frühpensionierungsrate aller Beamtenberufe seien kein Zufall. Besorgniserregend sei zudem, dass bereits zehn Prozent der unter 30-jährigen Lehrkräfte, also relative Berufsanfänger, bereits über einen vorzeitigen Ruhestand nachdenken.

Der Beruf habe seine einstige Attraktivität eingebüßt, wie stark sinkende

Studierendenzahlen für die Lehrberufe sowie die Tatsache zeige, dass von 100 Studienanfängern nur 60 ein Referendariat beginnen würden. Die Vorschläge der Kultusministerkonferenz zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels seien lediglich die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dies führe ausschließlich zur weiteren Verschärfung des Problems.

Kurzfristig könne mit Maßnahmen wie der Erhöhung der Schuldeputate, der Reduzierung der Vertretungsstunden, der Abschaffung von Vergleichsarbeiten, die sofortige Umsetzung der A13-Besoldung, Einstellungsangebote für alle Personen auf der Rangliste sowie dem Startchancenprogramm, wogegen sich Bundesfinanzminister Lindner noch sperrt, Abhilfe geschaffen werden.

Langfristig sei eine Reduzierung der Klassengrößen und eine Senkung der Pflichtstundenzahl unumgänglich. „Der Beruf muss wieder attraktiver gemacht werden. Das werde ich nicht erreichen mit einer Pflichtstundenzahl, die so hoch ist wie schon vor 120 Jahren“, stellte Hartmann klar. Auch der Puffer bei der Lehrerversorgung müsse auf mindestens 110 Prozent angehoben werden: „Die jetzigen 104 Prozent reichen noch nicht einmal für die Kompensation der Krankheitsfälle.“ Ebenso müsse über die Möglichkeit der Weiterbildung für Vertretungslehrkräfte, neue Wege beim Lehramtsstudium und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse nachgedacht werden.

Holger Giebel

## Schulreinigung Katastrophale Zustände

Die Überraschung war groß, als nach den Sommerferien in etlichen Schulen des Kreises Bergstraße festgestellt werden musste, dass die geplante Grundreinigung ausgeblieben ist. Doch die Berichte, die uns aus den Schulen erreichten, sprachen nicht nur von der Grundreinigung, sondern sie reichten von „unsachgemäßem Säubern der Räume“, „übelriechenden Toiletten“, „mangelhafter bis fehlender täglicher Reinigung“ bis hin zum „Ausbleiben jeglicher Reinigung“. Zudem liegt uns Bildmaterial vor, das die Verschmutzung von Fachräumen zeigt, die kaum oder gar nicht mehr für Unterrichtszwecke nutzbar scheinen.

Wie der Kreis Bergstraße da von einem reibungslosen Schulstart und tadellosen Zuständen an den Bergstraßeer Schulen reden konnte, bleibt schleierhaft.

Es wäre leicht die Reinigungsfirmen dafür zu schelten. Sicherlich gibt es hier Verbesserungsmöglichkeiten. Aber eine Ursache ist auch in den schlechten Arbeitsbedingungen und fehlenden Fachkräften im Reinigungswesen zu finden. Ein System, das nur auf Wettbewerb setzt, den billigsten Anbieter bevorzugt und das wenig bis keine Wertschätzung dem Personal entgegenbringt, muss sich auch nicht wundern, dass hier nichts gut läuft. Der Kreis hat inzwischen reagiert und die Arbeiten neu ausgeschrieben. Ob's was bringt? Wir bleiben jedenfalls dran.

F. Sonntag/H. Giebel



Bild: Holger Giebel

## Frieden schaffen mit noch mehr Waffen ein Irrweg

„Ungebrochen solidarisch“ lautete das Motto für die Maikundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Jahr 2023. In ihren Ausführungen machten die Redner bei der Veranstaltung des DGB Bergstraße zum Tag der Arbeit auf dem Bahnhofsvorplatz in Heppenheim auf die besondere Bedeutung von Solidarität aufmerksam. Insbesondere in Krisenzeiten sei diese von noch größerer Relevanz. Sven Wingerter, Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Bergstraße, ging in seinem Redebeitrag auf die Bedeutung der Gewerkschaften in einer „Welt im Krisendauermodus“ ein. Gerade bei der Deckelung der Energiepreise oder den Erhöhungen von Wohn- und Kindergeld hätten die Gewerkschaften maßgeblich auf Entlastungen für die Bevölkerung hingewirkt. Insbesondere müsse entschieden auf die hohe Inflation reagiert werden. Daran seien insbesondere auch die zu beteiligen, die in hohem Maße von der Krise profitierten. „Übergewinne von Konzernen sind unanständig und gehören abgeschöpft“, so Wingerter.

### Lohn-Preis-Spirale ein Märchen

Alle staatlichen Maßnahmen seien jedoch aus der Not geboren. Deshalb seien die Steigerung der Reallöhne und ordentliche Tarifabschlüsse gerechtfertigt und volkswirtschaftlich richtig. „Ohne Kaufkraft gibt es keinen Aufschwung. Wir müssen dafür sorgen, dass sich das Märchen der Arbeitgeber von der Lohn-Preis-Spirale nicht verfängt“, sagte der Gewerkschafter. Ziel müsse es sein, die Beschäftigten wieder in Tarifbindung zu bringen. Zwar sei von staatlicher Seite mit dem Tariftrueugesetz ein Schritt in



Sven Wingerter, Vorsitzender des DGB Bergstraße, bezeichnete in seiner Rede gute Tarifabschlüsse und Reallohnsteigerungen als volkswirtschaftlich richtig.

die richtige Richtung gegangen worden, dennoch werde es durch Auftragsweitergabe an Subunternehmen ohne Tarifrbindung umgangen. „Hier zeigt sich die hessische Landesregierung einmal mehr als Totalausfall. Die Tariftrueu muss für alle Unternehmen gültig sein, auch für Subunternehmen“, unterstrich Wingerter.

Forderungen, die nach den jüngsten Arbeitskämpfmaßnahmen laut wurden, das Streikrecht zu beschneiden, erteilte der DGB-Funktionär eine klare Absage: „Das ist unser fundamentales Recht. Das Recht auf Streik gehört zur Tarifautonomie dazu. Oder um es mit dem Bundesarbeitsgericht zu sagen: Ohne Streikrecht ist die Tarifautonomie nichts

anderes als kollektives Betteln.“ Auch den allseits spürbaren Fachkräftemangel thematisierte Wingerter. Dabei ließ er nicht unerwähnt, dass Löhne sinken, über zwei Millionen teils gut ausgebildete Menschen arbeitslos seien und Ältere allein wegen ihres Alters nicht mehr beschäftigt würden. „Hier ist ein riesiges Potezial. Allein wenn berücksichtigt wird, dass 300.000 Pflegekräfte es sich vorstellen könnten, bei besseren Arbeitsbedingungen und besseren Löhnen wieder in ihrem Beruf zu arbeiten, dann sagt das alles. Höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, dann klappt's auch mit den Fachkräften“, betonte der DGB-Kreisvorsitzende.

Auch den Krieg in der Ukraine ließ Wingerter nicht unerwähnt. Er unterstrich seinen Zweifel an der Sinnhaftigkeit, jedem Wunsch nach neuen Waffen nachzukommen: „Frieden schaffen mit noch mehr Waffen ist ein Irrweg.“ Auch dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO erteilte er eine Absage. Erschreckend sei, dass man mit einer solchen Haltung inzwischen nicht selten angefeindet werde. „Das hat nichts mit unserer Ablehnung des Angriffskriegs zu tun, aber das Ringen aller Seiten um eine diplomatische Lösung darf nicht nachlassen“, meinte Wingerter.

### „Sozialpolitische Fehlleistung“

Hilde Kille, Sprecherin der Bergsträßer DGB-Frauen, thematisierte den weiterhin erkennbaren Unterschied in der Bezahlung von Männern und Frauen. Daher sei insbesondere bei den Frauen die Altersarmut vorprogrammiert, weshalb Gegenstrategien notwendig seien. Dies erfordere zwar einen langen Atem,

doch es lohne sich, wie etwa die Einführung der Grundrente zeige. Kritisch sei jedoch die Ausweitung der Minijobs, die Kille als „sozialpolitische Fehlleistung“ bezeichnete. Diese verfestigten die geringfügige Beschäftigung, in der zu 70 Prozent Frauen tätig seien.

„Das hat nichts mit unserer Ablehnung des Angriffskriegs zu tun, aber das Ringen aller Seiten um eine diplomatische Lösung darf nicht nachlassen.“

SVEN WINGERTER, VORSITZENDER DES DGB BERGSTRASSE; WÜNSCHT SICH ANDERE WEGE IN DER UKRAINE-POLITIK

Juki, Sprecher von Fridays For Future Bensheim, merkte an, dass Klimagerechtigkeit das Angehen der Probleme auf vielerlei Ebenen erfordere. Es sei nicht zu akzeptieren, dass Klimaaktivismus von Politikern verschiedener Parteien diffamiert werde. „Nicht jedem mag unsere Wortwahl gefallen, aber in einer Welt aus Gier und Bequemlichkeit möchte ich auch gar nicht jedem gefallen. Ich werde nicht aufhören, unbequem zu sein, ehe erkannt wird, dass es kein Quatsch ist, den wir erzählen. Ich werde nicht schweigen, ehe die Vernunft und nicht das Geld regiert. Und damit bin ich nicht allein, wir sind viele“, so der Klimaktivist.

Franz Beiwinkel, Vorsitzender des DGB Heppenheim, übernahm die Begrüßung und dankte dabei auch der Band „StirItUp“, die bereits zum neunten Mal den musikalischen Rahmen der Maikundgebung in Heppenheim bildete.

Holger Giebel

### Lehrkräftemangel

## Fehler mit Fehlern bekämpfen?

Vor jeder Wahl wird das Bildungsland Deutschland quer durch die politische Landschaft besungen. Ein Hoch auf das Erbe von Goethe und Schiller und immer wieder wird allseitig betont, dass die einzige Ressource, die wir in unserem Land wirklich hätten, unsere Kinder und Jugendlichen seien, die also zukunftsorientiert bestmöglich ausgebildet werden müssten. So weit, so richtig.

### Schlag ins Gesicht aller Lehrkräfte

Wenn es dann aber um die Ausgestaltung unseres Bildungssystems geht, dann ist nichts mehr von diesem hohen Stellenwert zu sehen. Aktuelles Beispiel: Die Empfehlungen der ständigen wissenschaftlichen Kommission zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels. Es ist beschämend für ein Bildungsland, dass es überhaupt einen Mangel in diesem Bereich gibt. Ein Schlag ins Gesicht aller Kolleginnen und Kollegen sind aber die Aussagen einer Kommission, die völlig an der Realität von Schule vorbeigehen. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass ein Mangel behoben werden soll mithilfe derselben Fehler, die den Mangel erst verursacht haben.

Seit Jahren weisen Gewerkschaften, Verbände, Elterninitiativen, Schülervertretungen auf fehlende Investitionen und Schwächen im System hin. Anstatt auf die berechtigten Forderungen nach kleineren Lerngruppen, mehr Personal,

besserer Ausstattung, mehr Zeit für Kooperation, mehr Unterstützung bei Inklusion und Integration u.v.m. einzugehen und Verbesserungen zu erwirken, kommt jetzt der Gegenschlag. Denn was schlägt die Kommission im Kern vor: Größere Klassen, Rückgriff auf Ruheständler, weniger Teilzeitmöglichkeiten und dafür zeitweise Mehrarbeit für Lehrkräfte und sozialpädagogisches Personal. Dazu lässt sich nur eines sagen, nämlich so wird das sicher nichts werden oder im schulischen Sprachgebrauch: Note 6.

### Unterricht wird zur Nebensache

Was ist denn in den letzten Jahren im Bereich Bildung geschehen? Eine vollständige Auflistung führte hier zu weit. Daher nur ein kleiner Einblick: In unserem von Krisen gebeutelten Land – und nicht erst mit der Corona-Krise – wurden die Probleme des Bildungssystems mehr als deutlich. Vor allem durch überzogene Schulschließungen, aber auch durch neue Aufgaben wie Inklusion, Integration von Geflüchteten und überbordende Bürokratie haben Lehrkräfte immer mehr Lücken zu füllen, Rückstände aufzufangen und verwaltungstechnische Dinge zu bearbeiten. Die Zeit, die Lehrkräfte in ihren Lerngruppen verbringen und sich direkt mit dem Kerngeschäft Unterricht beschäftigen, ist seit Jahren prozentual rückläufig.

Aktuelle Studien deuten an, dass ledig-

lich ein Drittel der Arbeitszeit von Lehrkräften unmittelbar mit dem Unterrichten in Bezug steht, der Rest umfasst Dokumentationspflichten, Auffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern, Konferenzen, Elternarbeit etc. Dazu kommt, dass die gesellschaftliche Wunschliste an Schule immer größer wird. Mittlerweile wird bei jedem gesamtgesellschaftlichen Problem der Ruf nach der Schule als Lösungsort laut, z.B. werden aktuell Unterrichtsfächer gefordert zu Themen wie Gesundheit, Klima, Prävention, Steuerrecht, Ernährung, Prävention u.v.m. Sicherlich sind viele dieser Themen wichtig und schulelevant; nur wer mehr von Schule will, der muss auch mehr in Schule investieren. Aber seit Jahren wurde nicht angemessen auf diese Entwicklung von Seiten der Verantwortlichen reagiert. Ganz im Gegenteil: Aufgaben wurden übertragen und die Ressourcen stagnieren.

### Attraktiv durch Verschlechterung?

Überall in allen Branchen befinden sich Arbeitgeber im Wettbewerb um Fachkräfte und die besten Köpfe. Das führt automatisch dazu, dass Arbeitgeber sich attraktiv zeigen müssen und maximal flexibel auf Bedürfnisse des Bewerberkreises eingehen. Auch das Land Hessen nennt sich selbst „vorbildlicher und familienfreundlicher“ Arbeitgeber. Das Attraktionsangebot der Zukunft für neue Lehrkräfte soll also lauten: Mehr



Schüler, mehr Aufgaben, mehr Verantwortung und weniger Entlastung und keine Flexibilität. Es ist mir schleierhaft, wie mit solch einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ernsthaft jemand glauben mag, dass dadurch der Mangel an Lehrkräften in irgendeiner Weise behoben werden könnte. Verlierer sind am Ende aber nicht nur die Lehrkräfte, sondern natürlich auch die Schülerinnen und Schüler. Denn schlechtere Rahmenbedingungen für Lehrkräfte bedeuten letztlich mehr Stress, Krankheit und Ausfälle – das ist ein deutlicher qualitativer Verlust, der uns am Ende als Bildungsland Deutschland doch alle angehen sollte.

Eine letzte persönliche Anmerkung: So heißt es beispielsweise in der Empfehlung der Kommission sinngemäß, dass keine wissenschaftliche Studie belege, dass es einen Zusammenhang zwischen

der Größe der Lerngruppe und dem Lernerfolg gebe. Da kommen aber die Argumente aus der Mottenkiste. Dazu gibt es nur eines zu sagen: Man braucht doch dafür auch keine Studie, sondern lediglich den gesunden Menschenverstand. Wer will, dass Schule mehr ist als ein Ort reiner Wissensvermittlung und Leistungsbewertung, der sollte erkannt haben, dass Beziehungspflege, individueller Zugang und Wertschätzung sowie Ziele wie gegenseitiger Respekt, Mündigkeit und eine eigene Haltung mit einer Gruppe von 15 Personen eher zu verwirklichen sind als mit 30 oder mehr. So einfach ist das!

Auf Basis der unterbreiteten Vorschläge lässt sich jedenfalls festhalten, dass es mit dem Bildungsland Hessen, wie man sich in der Selbsteinschätzung gern sieht, eher nichts werden wird.

Friedemann Sonntag

## Bewährtes Team bestätigt



Bewährtes Team bestätigt: Angelika Lerch, Sebastian Breth und Julia Manlik (von links) führen weiter den GEW-Kreisverband Odenwald.

Die GEW im Odenwaldkreis hat ihre Dreierspitze als Kreisvorstandsteam bestätigt: Sebastian Breth, Angelika Lerch und Julia Manlik. Als Schatzmeister wurde Harald Klein bestätigt, als Beisitzer\*innen wurden Ralf Amann, Helene Gepp, Hidir Kaya, Roger Nisch und Mechthild Schneider gewählt, womit alle Schulformen im Kreisvorstand repräsentiert sind. Einer Mitarbeit weiterer Mitglieder, auch aus den Kindertagesstätten oder außerschulischer Bereiche, stehe der Kreisvorstand jederzeit offen gegenüber, betonte das neu gewählte Gremium.

### Vielfältige Aktivitäten

Im zuvor erläuterten Tätigkeitsbericht konnte das Vorsitzenden-Team die vielfältigen Aktivitäten des Kreisvorstandes aufzeigen. Neben der Unterstützung ihrer GEW-Mitglieder und der GEW-Schulgruppen vor Ort seien wichtige Leitlinien im Bezirks- und Landesverband der GEW abgestimmt und auch gemeinsame Aktionen mit dem DGB-Kreisverband koordiniert worden, berichtete Angelika

Lerch. Zur Bildungspolitik, insbesondere den Themen Inklusion, Aufwertung der Grundschularbeit und Zukunft der Beruflichen Schulen, seien Gespräche mit den Landtagsabgeordneten geführt worden, die im Herbst in einer Demonstration in Michelstadt und schließlich in Frankfurt mündeten, ergänzte Sebastian Breth. Nicht zuletzt dank dieser und weiterer Anstrengungen der GEW in ganz Hessen werde nun endlich die Besoldungsanhebung der Grundschullehrkräfte umgesetzt – wenn auch im Schnecken tempo, so Julia Manlik.

### Regierung für Misere verantwortlich

Aktuell beschäftige der eklatante Lehrkräftemangel, der auch im Odenwald angekommen sei, das Gewerkschaftsgremium. Der habe an vielen Schulen Lern- und Arbeitsbedingungen geschaffen, die einerseits zu weiteren Überlastungen der Kollegien und andererseits zu einer beispiellosen Deprofessionalisierung führten. Die Rechnung bezahlten letztendlich die Kinder und Jugendlichen in den Schulen. Die Verantwortung

für die Bildungsmisere liege eindeutig bei der Landesregierung, die die Bildung über Jahre kaputtgespart habe, so Lerch. Die Beschulung vieler junger Menschen aus den Flüchtlingsgebieten, aktuell insbesondere aus der Ukraine, komme als Herausforderung sicher dazu, allerdings habe man seine Hausaufgaben schon zuvor nicht gemacht. Trotz ernstzunehmender Prognosen führender Bildungsforscher, z.B. Klaus Klemm, habe man seitens des HKM den Kopf in den Sand gesteckt, sich die Zahlen schön gerechnet und eine verantwortungslose Bildungspolitik betrieben. Die vielfältigen Aufgaben der Integration, Inklusion, Digitalisierung usw. seien nur halbherzig angegangen und nicht mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet worden. Letztlich setze der Fiskus die Maßstäbe und nicht die pädagogischen Notwendigkeiten!

### Bedingungen an Schulen verbessern

Die bessere Bezahlung der Grundschullehrer\*innen, für die sich die Odenwälder GEW jahrelang eingesetzt habe, sei längst überfällig gewesen und nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Jetzt müsse es darum gehen, die Bedingungen an den Schulen zu verbessern: Kleinere Klassen, eine Reduzierung der Pflichtstundenzahl, Koordinationsstunden, Entlastungen der Schuldeputate u.ä. seien das Gebot einer zukunftsfähigen Schule. Eine Aufstockung der Studien- und Referendariatsplätze sei dringend nötig sowie kurzfristig Maßnahmen der realen und machbaren Weiterqualifizierung für Fachpersonal, der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und nicht zuletzt mehr IT- und Verwaltungsunterstützung in den Schulen. Es könne nicht angehen, dass sich ein reiches Land wie Deutschland ein Bildungssystem leiste, das in Kauf nehme, dass immer mehr Kinder und Jugendliche abgehängt würden, so der einhellige Tenor der Versammelten.

## Der „Zukunftsbus“ des HKM

### Satire der Extraklasse

Meinen Beruf an den Nagel hängen... das wollte ich, nachdem ich die Schaps-idee hatte, meine Schüler in den „Zukunftsbus“ zu begleiten, um zu sehen, welches Berufsbild meinen Schülern dort dargeboten wird.

Es ist ja schon eine Kunst, wenn man mit sehr geringen Erwartungen reingeht und dennoch maßlos enttäuscht wird. Aber wir sprechen ja hier auch vom HKM! Zuvor sollte ich vielleicht ergänzen, dass die Veranstaltung so durchgeführt wurde, dass alle 15 Minuten ein paar Schüler aus meinem Kurs geholt wurden, bevor die nächste Gruppe dran war. Möglichkeit zu unterrichten? Fehl-anzeige! Es wurden vorher auch nicht die Schüler befragt, ob sie überhaupt Interesse hätten, es wurde darum gebeten.

Naja, dann bin ich also mit einer Gruppe Schülern in den „Zukunftsbus“ gestiegen und habe mir eine Virtual-Reality-Brille aufgesetzt. Und dann ging es auch schon los: Eine junge, völlig aufgeputschte Frau lief mit wehendem Haar über die Gänge eines Schulgebäudes, das in einem viel zu guten Zustand war. Während sie da so lief und mich dabei die ganze Zeit ansprach, kamen immer wieder aus den Klassenräumen Schüler dazu, die genauso aufgeputscht waren und begleiteten sie auf „ihrem Weg“ nach... ja, wohin nur? Inhaltlich kann ich

mich nur noch an Sätze erinnern, wie „Möchtest du den jungen Menschen dabei helfen, ihre Träume zu verwirklichen Astronaut zu werden oder Tänzerin?“ Klar will ich das!

Wenn ihr jetzt noch darauf wartet, dass ich euch inhaltliche Aussagen wiedergebe, dann muss ich euch enttäuschen. Diese blumigen Allgemeinplätze füllten den ganzen Spot während sie da so über die Gänge lief und zum Schluss gab es Konfettiregen und jubelnde Schüler an ihrer Seite. Kein Witz! Als ich mir dann die Brille abgezogen hatte und genauso perplex wie meine Schüler schaute, dachte ich mir: Wow, war das da jetzt der Werbefilm zur Legalisierung von Hanf?

Meine Schüler meinten in der anschließenden Reflexion, dass der Film ja irgendwie ein bisschen flach gewesen sei und man gar nichts über den Beruf des Lehrers erfahren habe. Ein Schüler stellte die Frage in den Raum, warum man die Schüler nicht vorher mal befragt habe, was ihnen wichtig sei zu erfahren. Und ein Schüler fragte mich, was das für Leute seien im Kultusministerium, die so einen peinlichen Film cool fänden.

Ich habe dazu nichts weiter gesagt, nur genickt und gelächelt. Den Job habe ich doch nicht an den Nagel gehängt.

Sebastian Breth



Das Hessische Kultusministerium präsentiert: den „Zukunftsbus“. Hier ein den realen Umständen an den Schulen entsprechendes Symbolbild.

### Mitgliederehrung der GEW Odenwald

## Werner Traut seit 60 Jahren treuer Gewerkschafter

Im Rahmen einer Feierstunde im Cafe Lustgarten in Erbach brachte das Odenwälder GEW-Vorsitzenden-Team, vertreten durch Sebastian Breth und Angelika Lerch, seinen langjährigen Mitgliedern Wertschätzung und Anerkennung für ihre GEW-Zugehörigkeit entgegen. Auf deren Engagement und Einsatz an den Schulen vor Ort ist die Gewerkschaft letztendlich angewiesen und auch stolz. Gerade in den heutigen Zeiten sind die gewerkschaftliche Arbeit und die bildungspolitische Haltung wichtiger denn je, so Angelika Lerch in ihrer Ansprache. Über Jahre hinweg hat die Regierung die Bildung kaputtgespart und nun wundere man sich über die aktuelle Bildungsmisere mit akutem Lehrer\*innenmangel und permanenter Überlastung an den Schulen. Dem zeigt die GEW mit der Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ die rote Karte und pocht auf bessere Bedingungen an den Schulen, Kitas und Hochschulen.

Allen teilnehmenden Jubilaren gemeinsam ist die Selbstverständlichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und einzusetzen: Allen voran Werner Traut, der auf 60 Jahre GEW zurückblicken

kann und sich gerne an seine aktive Zeit im Kreisvorstand erinnert. Die konstruktive und gedeihliche Zusammenarbeit mit Karl-Heinz Kitschke, der viele Jahre Kreisvorsitzender der GEW war, hob er besonders hervor. Dieser und sein Kollege Wolfgang Engel, beide ehemals Junglehrer am Gymnasium Michelstadt, wurden für 50 Jahre GEW-Zugehörigkeit geehrt. Schon als Studenten waren beide der GEW beigetreten und hielten die Fahne für eine progressive Bildungspolitik hoch, was am Gymnasium nicht gerade gern gesehen wurde und auf viel Gegenwind stieß. Als späterer Schulleiter der GAZ in Reichelsheim musste Karl-Heinz Kitschke immer wieder erleben, dass v.a. bürokratische Hürden viele pädagogische Vorhaben und Entwicklungen ausbremsen und hemmten. Cornelia Gath und Susanne Paulus bringen nahezu jeweils 45 Jahre GEW ein. Aufgewachsen in einer Gewerkschafterfamilie mit einem Vater als Betriebsrat war der Eintritt für Susanne Paulus selbstverständlich. Sie bedauert, dass viele junge Leute sich nicht mehr gewerkschaftlich solidarisieren. Cornelia Gath, die jahrelang als Grund-



schullehrerin tätig war, sieht das ebenso und hat sich stets für bessere Bildungsbedingungen in ihrem Umfeld und darüber hinaus eingesetzt. Für Hidir Kaya, der als Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht vor Jahren in den Odenwaldkreis kam, war und steht der solidarische Gedanke für eine gerechte Bildungspolitik an erster Stelle. Er blickt auf 40 Jahre GEW zurück und ist seit vielen Jahren aktiv im Kreisvorstand unermüdlich als Experte für Migration und

Herkunftssprache tätig. Norgard Wolf, ebenfalls 40 Jahre in der GEW, sieht in der GEW einen Ort für Gleichgesinnte, die sich für Chancengerechtigkeit und eine Schule für alle einsetzen und im Austausch miteinander weiter bewegen. 25 Jahre gehört Jochen Löb der GEW an. Er wünscht sich, dass die GEW kämpferischer und eindeutiger auftritt, einerseits was die Arbeitsbedingungen angeht, andererseits die bildungspolitischen Forderungen. Der GEW vor

Ort im Odenwald zollt er große Anerkennung für deren Engagement und Einsatz für die Belange der Kolleginnen und Kollegen wie auch für die bildungspolitischen Aktionen vor Ort.

Alle Teilnehmende gemeinsam verbindet das Ringen und Kämpfen um eine Bildungspolitik, die sich dafür einsetzt, dass kein Kind oder Jugendlicher zurückbleibt. „Es kann nicht sein, dass sich diese Gesellschaft ein Bildungssystem leistet, in dem nach wie vor die soziale Herkunft über den Bildungsabschluss entscheidet. Dem müssen wir uns als GEW weiter entgegenstellen“, fasst Angelika Lerch zusammen.

Als weitere langjährige GEW-Mitglieder seien an dieser Stelle genannt:

25 Jahre – Christa Walther-Lorenz, Safia Shariff, Vera Noack, Madeleine Roß, Peter Ottasek, Mareike Hartig, Claus-Peter Kabrhel, Ellen Zentgraf, Harald Steiger

40 Jahre – Brigitte Awenius-Löbel, Michael Kinstler, Julius Galant, Ellen Nisch

50 Jahre – Laurenz Mayer

55 Jahre – Horst Anthoni, Nikolaus Kelbert

Lehrer Alexander Wittenstein stellt wichtige, aber weiterhin unbeantwortete Fragen im Kontext der Pandemie

## Warum haben wir nicht protestiert? Wo bleibt die Aufarbeitung?

Pünktlich zum Weihnachtsfest (des Jahres 2022 - d. Red.) verkündete „Deutschlands Topvirologe“ Christian Drosten in einem Interview mit der Zeitung *Der Tagesspiegel* am 26.12.2022, dass seiner Einschätzung nach die Corona-Pandemie beendet sei. Seine Einschätzung begründete Drosten damit, dass „die Immunität in der Bevölkerung (...) nach diesem Winter so breit und belastbar sein (werde), dass das Virus im Sommer kaum noch durchkommen könne“. Maßgeblich dafür sei seiner Meinung nach die hohe Impfquote in der Bevölkerung. Die getroffenen Maßnahmen, die der Eindämmung der Pandemie dienen sollten, verteidigte der Virologe damit, dass ohne die Einschränkungen eine Million oder sogar noch mehr Corona-Tote in Deutschland zu beklagen gewesen wären.

Prüfen lassen sich alle drei Aussagen freilich nicht – auch aufgrund der miserablen Datenlage, an der sich bis zum heutigen Zeitpunkt nichts wesentlich geändert hat. Allerdings steht nach drei Jahren Corona-Pandemie – bzw. besser gesagt: nach drei Jahren staatlich verordneter Anti-Corona-Maßnahmen – aber auch fest, dass diese Maßnahmen massive Schäden in vielen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens hinterlassen haben. Ihre Auswirkungen werden noch viele Jahre lang spürbar sein. Als Lehrer gilt mein besonderes Interesse den Folgen der Maßnahmen für Kinder und Jugendliche. Schon im März 2020 stand ich den massiven Einschränkungen im Bildungsbereich wie beispielsweise Schulschließungen, Distanz- oder Wechselunterricht sowie dem Tragen von Masken sehr kritisch gegenüber. Ich befürchtete, dass die negativen Folgen dieser Maßnahmen größer sein könnten als ihr Nutzen in Bezug auf ein mögliches Eindämmen der Pandemie. Inzwischen ist es nahezu unstrittig: Kinder und Jugendliche hatten mit am meisten unter den negativen Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen zu leiden. Selbst Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat inzwischen zugegeben, dass Kita- und Schulschließungen nicht notwendig waren. Mittlerweile ist zwar weitgehend der Alltag in den Schulen wieder eingetreten. Aber die negativen Auswirkungen der Anti-Corona-Maßnahmen halten immer noch an.

Und obwohl dies inzwischen so deutlich sichtbar ist, nehme ich im Schulbereich so gut wie keine Diskussion über die (ausgebliebene) Wirksamkeit der Maßnahmen und damit über ihre Verhältnismäßigkeit wahr. Ich frage mich deshalb, wie uns das alles als Pädagog:innen nur passieren konnte. Warum waren offenbar die meisten von uns über eine sehr lange Zeit absolut überzeugt davon, dass die Maßnahmen



absolut erforderlich, bezüglich ihrer Wirkung uneingeschränkt geeignet und damit in Abwägung ihrer möglichen negativen Folgen vollkommen angemessen wären? Die Verhältnismäßigkeit der Anti-Corona-Maßnahmen im Schul- und Bildungsbereich wurde viel zu lange öffentlich gar nicht kritisch hinterfragt. Auch jetzt – über drei Jahre nach ihrer erstmaligen Verhängung – wird m. E. immer noch viel zu wenig in einer breiten Öffentlichkeit darüber diskutiert. Und gerade deshalb mache ich mir Sorgen, dass es wieder geschehen kann.

So ist es mir bis heute in Bezug auf die Erforderlichkeit der Maßnahmen im Schulbereich unerklärlich, dass beispielsweise die vielen Mathematik-Lehrer:innen unter uns „die Zahlen“, anhand derer die pandemische Situation nahezu stündlich beschrieben werden sollte, nicht kritisch hinterfragt haben. Ich frage mich: Wie konnte es passieren, dass Mathematik-Lehrer:innen nicht aufgeschrien haben, als man einzig und allein anhand der täglichen Zahl an positiven PCR-Testergebnissen Inzidenzen, R-Werte usw. berechnet hat, womit dann die Anti-Corona-Maßnahmen auch im Bildungsbereich begründet wurden, die sich insbesondere auf jene Kinder und Jugendlichen negativ auswirkten, die eh schon benachteiligt waren?

### Wo blieb der Widerspruch?

Wieso hat niemand widersprochen, wenn mithilfe von Zahlen der „im Zusammenhang mit Corona“ Verstorbenen regelmäßig beängstigende Szenarien entworfen wurden („Jeden Tag ein abgestürzter Jumbo-Jet!“), obwohl hinter der täglich verkündeten Zahl tatsächlich zunächst jene Verstorbenen steckten, die bis zu 30 Tage vor ihrem Tod ein positives PCR-Testergebnis

erhalten hatten? Wo waren die kritischen Stimmen, als von einer angeblich 95-prozentigen Schutzwirkung der Impfstoffe gesprochen und die Vorstellung auch im Schul- und Bildungsbereich verbreitet wurde, dass sich „vollständig Geimpfte“ mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr mit Sars-CoV-2 anstecken könnten? Nach der Zulassung der Corona-Impfstoffe Ende 2020 und mit ihrer zunehmenden Verfügbarkeit im Frühjahr 2021 habe ich erlebt, wie auf Beschäftigte in Bildungseinrichtungen, aber auch auf Kinder und Jugendliche – genau wie auf alle anderen Menschen in der Bevölkerung – ein massiver Druck ausgeübt wurde, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen.

Begründet wurde diese Empfehlung, die jedoch de facto eine Aufforderung war, mit einem angeblichen Fremd- und Eigenschutz, den die Impfung bieten würde: Geimpfte würden sich deutlich seltener mit Sars-CoV-2 anstecken und das Virus seltener an andere Menschen weitergeben. Außerdem wären sie vor einem schweren Krankheitsverlauf geschützt. Es wurde auch gefordert, dass der (Biologie-)Unterricht über die Corona-Impfung aufklären solle. Wobei damit gemeint war, den Schüler:innen zu erklären, dass und wie die Impfung vor einer Ansteckung schützt.

Selbst eine Herdenimmunität wäre erreichbar, so hieß es von namhaften Wissenschaftsjournalist:innen, wenn sich nur genug Menschen impfen ließen. Ich frage mich heute, wie es passieren konnte, dass Biologie-Lehrkräfte die Behauptungen bzw. Prophezeiungen über die Wirkung der Impfung gegen Covid-19 nicht kritisch hinterfragt haben.

Ähnliche Fragen stelle ich mir auch in Bezug auf den Umgang mit möglichen Nebenwirkungen der Impfung:

Warum haben Biologie-Lehrer:innen nicht widersprochen, als es hieß, dass der Impfstoff „praktisch nebenwirkungsfrei“ sei? Ihr biochemisches Grundwissen allein hätte ausgereicht, um aufzuhorchen, als erklärt wurde, dass der Impfstoff an der Einstichstelle verbleiben würde. Warum war ihnen nicht klar, dass sich die Nanolipidpartikel mit der mRNA aus dem Impfstoff grundsätzlich überall im Körper verbreiten und prinzipiell von jeder Zelle aufgenommen werden können, die dann Spike-Proteine produziert und von Immunzellen angegriffen wird, wodurch es zu Entzündungen kommen kann?

Mit Einführung der sogenannten 2G-Regeln wurde die Gesellschaft durch politische Entscheidungsträger:innen in geimpfte und ungeimpfte Menschen eingeteilt. Befeuert durch weite Teile der Medien. Insbesondere durch die Öffentlich-Rechtlichen mit ihren „Faktencheckern“ und namhaften Wissenschaftsjournalist:innen wurden Geimpften und Ungeimpften bestimmte Eigenschaften zugeschrieben: hier die angeblich solidarischen, vernünftigen, informierten Menschen, dort die egoistischen, unvernünftigen, desinformierten Leute.

Kurzum: Hier die Guten, dort die Bösen. Ich frage mich: Wie konnte es passieren, dass Deutsch-Lehrkräfte den damit verbundenen verbalen Entgleisungen wie „Tyrannei der Ungeimpften“ (Frank-Ulrich Montgomery), der Forderung, dass „die ganze Republik mit dem Finger auf sie zeigen (solle)“ (Nikolaus Blome), oder dem Vergleich von Kindern mit den Ratten während der Pest (Jan Böhmermann) nicht entschieden widersprochen haben?

### Ungeimpfte wurden diskriminiert

Die sogenannten 2G-Regeln wurden mit ihrem angeblichen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie begründet. De facto waren sie allerdings eine der wichtigsten Maßnahmen dafür, den Druck auf die sogenannten Ungeimpften zu erhöhen, sich doch noch impfen zu lassen. Bestimmte Ethiker:innen haben in diesem Zusammenhang öffentlich behauptet, dass es ethisch zulässig sei, die sogenannten Ungeimpften zu diskriminieren (Alena Buyx). Ich frage mich: Wie konnte es passieren, dass Ethik-Lehrkräfte dies unwidersprochen hingenommen und keine saubere ethische Analyse für dieses ethische Problem eingefordert haben?

Die Corona-Politik, insbesondere die Maßnahmen im Bildungsbereich, allem voran die Schulschließungen, der Wechsel- bzw. Hybridunterricht sowie die Test- und Maskenpflicht wurden als alternativlos dargestellt. Beschlossen wurden sie regelmäßig von den Ministerpräsident:innen der Bundesländer und Vertreter:innen

der Bundesregierung in der „Ministerpräsidentenkonferenz“ unter Umgehung der Parlamente. Kritik am Inhalt und am Zustandekommen dieser politischen Entscheidungen wurde schnell öffentlich als Schwurberei, Querdenkertum oder gar rechte bzw. rechtsradikale Meinung betitelt. Ich frage mich: Wie konnte es passieren, dass Politik-Lehrkräfte dem nicht widersprochen, nicht auf die Interessengeleitetheit politischer Entscheidungen hingewiesen und die konstitutive Bedeutung des Meinungspluralismus für die Demokratie nicht unterstrichen haben?

### Wo waren die Gewerkschaften?

Selbst die Verbände und Gewerkschaften, die die Interessen von Lehrkräften und Pädagog:innen vertreten, haben diese Fragen bisher meiner Wahrnehmung nach nicht gestellt. Ich frage mich: Wie konnte es passieren, dass Gewerkschaften und Verbände, die sonst immer kritisch gegenüber der Übermacht des Staates waren, auf einmal nicht nur völlig uneingeschränkt die von Bund und Ländern beschlossenen Einschränkungen unterstützten, sondern sogar noch weitere Verschärfungen forderten? Sie müssen doch geahnt haben, dass sich dadurch die Bildungschancen vieler Kinder und Jugendlicher gerade aus benachteiligten Verhältnissen noch weiter verschlechtern würden! Wie konnte es dann passieren, dass diese wichtigen Akteur:innen im Bildungsbereich in einer Zeit, als Kinder und Jugendliche ihre Stimme besonders gebraucht hätten, die Bedürfnisse dieser Menschen gerade nicht mehr im Blick hatten?

Kitas und Schulen sind Bildungseinrichtungen. Schulen haben einen gesetzlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Ihre Aufgabe besteht unter anderem darin, bei Kindern und Jugendlichen kritisches Denken zu fördern. Nach allem, was passiert ist, frage ich mich inzwischen: Wie können Schulen diesem Auftrag gerecht werden, wenn die Menschen, die dort arbeiten, gerade dieses kritische Denken im Hinblick auf den Umgang mit den staatlich verordneten Anti-Corona-Maßnahmen nicht vorleben (konnten)? Und ich frage mich: Wie kann sich das ändern? Sodass Einschränkungen im Schulbetrieb und damit Bildungschancen nicht erneut davon abhängen, ob ein Virologe den Beginn oder das Ende einer Pandemie verkündet.

Alexander Wittenstein

Zum Autor: Alexander Wittenstein, Jahrgang 1982, ist seit 2021 Lehrer an einem Gymnasium in Leipzig-Grünau und Mitglied der GEW. Nach Studium und Referendariat in Berlin war er in Hessen und in der Bundeshauptstadt tätig. In Berlin arbeitete er zudem mehrere Jahre in der Lehrkräfteausbildung.

## Schubladendenken hat Hochkonjunktur

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, am 27. Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz durch die Soldaten der Roten Armee befreit. Etwa 5800 Menschen wurden krank und entkräftet von den nationalsozialistischen Mördern zurückgelassen, obwohl sie sich voller Eifer bemühten, all das zu beseitigen, was an den bestialischen industriellen Massenmord erinnerte. Nach den ungeheuren Verbrechen, die in den Nazi-Vernehmungslagern begangen wurden, war für die Menschen im Nachkriegsdeutschland schnell klar, dass sich so etwas niemals mehr wiederholen darf. Auschwitz ist zum Symbol des Endes jeglicher Menschlichkeit geworden. Die Befreiung des Lagers demaskierte das Nazi-Regime endgültig und verdeutlichte die endlose Barbarei, auf die es aufgebaut war.

So etwas darf niemals mehr geschehen, es muss eine klare Grenze nach rechts geben, jeglichem Fanatismus muss entschieden begegnet werden. Das war gesellschaftlicher Konsens. Brüchig war dieser jedoch schon immer, doch niemals – so zumindest mein Eindruck – war dieser so gefährdet wie aktuell. Und damit meine ich nicht nur die immer deutlicher werdenden rechtsextremistischen Tendenzen einer AfD oder Reichsbürger, die einen Staatsstreich planen und unter der Führung eines Reußen-Prinzen in Deutschland eine Monarchie errichten wollen. Der Nationalsozialismus profitierte maßgeblich von einer Spaltung der Gesellschaft in einen guten und einen bösen Teil. Wer treu und brav dem Führer folgte, wer es sich nicht wagte, die Dinge kritisch zu hinterfragen bzw. möglicherweise nicht ganz einverstanden war mit dem politischen Kurs, aber auf Widerworte verzichtete und so agierte, wie es vorgegeben wurde, der durfte sich sicher sein, in der weißen Schublade zu landen. All diejenigen, die sich jedoch erdreisteten, sich zu erheben – und da reichte es zumeist schon, die Verlautbarungen der Nazi-Oberen anzuzweifeln –, der landete in der schwarzen Schublade und durfte sich sicher sein, dass sein Leben, wenn er es weiterleben durfte, fortan ein anderes, deutlich schwereres war.

Ja, die Zeit der Repressalien, wie es unter den Nazis üblich war, ist glücklicherweise im heutigen Deutschland vorbei. Dennoch habe ich den Eindruck, dass es dringend notwendig wäre, dass die Menschen ihr eigenes Handeln reflektieren, denn aus meiner Sicht hat das Vereinfachen des Lebens mittels Einsortieren in die schwarze und die weiße Schublade aktuell wieder Hochkonjunktur. Auf der einen Seite schwarz, auf der anderen Seite weiß, hier gut, dort böse, hier



GEW-Kreisvorsitzender Holger Giebel betonte in seiner Rede am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus die Notwendigkeit, sein eigenes Handeln stets selbst zu reflektieren, um nicht in Gefahr zu geraten, in demokratiefeindliches Schubladendenken zu verfallen, das die Welt vereinfachend nur in schwarz und weiß einteilt.

Covidioten, dort Schlafschafe, hier die Kämpfer für Demokratie und Freiheit, dort Nazis. Das klingt klar, das klingt einfach, das ist für jeden einleuchtend. Es hat jedoch nichts, aber auch rein gar nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun.

Die vereinfachte, schwarz-weiß gedachte Welt ist vor allem eines: demokratiefeindlich. Dabei ist es zunächst einmal völlig egal, wer die Welt vereinfacht. Es macht keinen Unterschied, ob dies extremistisch verblendete Menschen sind oder Leute, die von jeglichem Extremismus weit entfernt und für die Frieden, Freiheit und Demokratie die wichtigsten Güter sind.

Dass die Demokratie in Deutschland massiv bröckelt, ist seit vielen Jahren bekannt. Auch die Ursachen lassen sich recht einfach ausmachen, denn die immer eklatanter zutage tretende Ungerechtigkeit begegnet uns überall. Das Problem beherzt anzupacken, hat sich niemand getraut – nicht Rot-Grün, nicht Schwarz-Gelb, nicht die Große Koalition und auch nicht die Ampel. Teilweise wurde es sogar noch deutlich forciert. Die Menschen stellen sich die Frage, ob der Spruch, der über dem Eingang des Reichstagsgebäudes in Berlin, in dem das Parlament residiert, tatsächlich so zutrifft. Müsste es statt „Dem deutschen Volke“ vielleicht nicht eher „Der deutschen Wirtschaft“ heißen? Diese Änderung regten zumindest bereits im Jahr 2009 Aktivistinnen von Greenpeace an, die ein Banner mit dieser Aufschrift vor dem eigentlichen Schriftzug aufspannten.

Der Umstand, dass die Unzufriedenheit wächst, dass sich auf der einen Seite unbeschreiblicher Reichtum anhäuft, während auf der anderen Seite immer mehr Menschen durchs Raster fallen und sich zunehmend auch

die Mittelschicht fragt, wann sie endgültig gezwungen sein wird, die Treppe nach unten schnellen Schritts hinabzuschreiten, dieser Umstand führt zu einem massiven Vertrauensverlust gegenüber den politischen Institutionen, wie eine Forsa-Umfrage zum Jahreswechsel in erschreckender Klarheit zeigte. Im Vergleich zum Vorjahr vertrauten 63% der über 4000 Befragten dem Bundespräsidenten. Das war der höchste Wert, der allerdings 12 Prozentpunkte niedriger lag als im Vorjahr. 34% sprachen der Bundesregierung im Gesamten, 33% Kanzler Scholz separiert das Vertrauen aus. Ein Minus von 22 bzw. 24 Prozentpunkten. Da kommt der Bundestag mit 37% und einem Verlust von 13 Prozentpunkten sogar im Vergleich zur Exekutive recht gut weg. Während politische Parteien mit mageren 17% und einem Minus von 7 Prozentpunkten auf dem besten Weg sind, ihr Vertrauen komplett zu verspielen. Liebe Gäste, das sind Zahlen, die die Alarmglocken bei allen politisch Verantwortlichen in schrillen Tönen erklingen lassen müssten. Doch der dringend benötigte Kurswechsel lässt weiter auf sich warten. Stattdessen proklamierte Kanzler Scholz eine Zeitenwende, die nach der Verkündung eines 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens für die Bundeswehr – wie gut, dass das mal keine Schulden sind – sich wohl eher auf rosige Zeiten für die Rüstungsindustrie bezieht. Was hätte mit diesem Geld alles finanziert werden können?

Doch es ist das Primat des Militärischen, das ganz offenkundig gegenwärtig alles bestimmt. Wer sich erlaubt, selbst bei deutlicher Verurteilung des verachtenswerten russischen Angriffskriegs, das aktuell nicht gern gesehene pazifistische Fähnchen zu

hissen, darf sich nicht wundern, von vielen Menschen durchs gängige Schwarz-Weiß-Raster gesiebt zu werden und letztlich in der schwarzen Schublade mit all den bösen Dingen zu landen. Im emotionalen Tobsuchtsanfall schnell in die sozialen Netzwerke gehämmerte Schmähbegriffe wie „Putinverstehler“ inklusive, die im Übrigen sich inzwischen nicht selten in unmittelbarer Nachbarschaft zum Begriff „Rechtsextremist“ befinden, was womöglich bereits als Verharmlosung von Personen gewertet werden kann, deren Denkgrundlage rassistisch, intolerant, homophob und nationalchauvinistisch ist. Als Gewerkschafter sehe ich mich einer pazifistischen Grundhaltung nicht nur verpflichtet, sondern ich bin von ihr überzeugt. Wie schon gesagt, das reicht gegenwärtig bereits, um von vielen als Putinverstehler gebrandmarkt zu werden – und dies, obwohl ich nicht einmal ansatzweise erkennen kann, was diesen Krieg rechtfertigt. Denn es gibt nichts, was Kriege rechtfertigt.

Aber der Umstand, dass etwa der Ausdruck einer pazifistischen Haltung andere Menschen negativ berührt, sodass sie nicht selten in der Überzeugung demokratischen Handelns anderen am liebsten das Wort verbieten möchten, zeigt eher, wie schlecht es um demokratische Grundlagen in Zeiten der Shitstorms in sozialen Netzwerken bestellt ist. Dass der Diskurs die Basis jeder Demokratie ist, mag noch bekannt sein. Doch dass Demokratie deshalb folglich auch andere Sichtweisen zulassen muss, ist dann die Übung, die vielen inzwischen extrem schwerfällt. Diskurs bedeutet nicht, von vielen in seiner Haltung bestätigt zu werden, wie es in den Filterblasen der sozialen Netzwerke üblich ist, Diskurs bedeutet, andere anhören, sich damit auseinandersetzen,

durchaus auch fair miteinander streiten. Andere Haltungen nicht zulassen, bedeutet Fanatismus, bedeutet Dogmatismus und kann schlimmstenfalls in faschistoiden Gedankenwelten enden, obwohl man doch einst als Verteidiger der Demokratie aufgestanden ist.

Den Diskurs verhindern, andere Meinungen verhindern, die Gesellschaft auf eine Art und Weise einschüchtern, damit ein anderes Denken erst gar nicht entsteht. Das war die Klaviatur, die von den Nationalsozialisten meisterhaft gespielt wurde. Wohin das führte, ist jedem bekannt.

Auch wir, die wir alle fest auf dem Boden der Demokratie stehen, sollten uns also stets auch selbst betrachten, um nicht in die Falle einer vereinfachten, schwarz-weißen Welt zu tappen. Doch eines bleibt klar: Rechtsextremistischen Umtrieben muss weiter entschlossen entgegengetreten werden, denn auch das ist ein Auftrag, den uns der heutige Gedenktag gibt. Es ist an uns, dass wir dem rechten Treiben Einhalt gebieten. Es ist an uns, uns zu erheben, wo der nationale Chauvinismus wieder Raum greift. Es ist an uns, deutliche Worte zu ergreifen, wenn Minderheiten diskriminiert und vermeintlich Fremde ausgegrenzt werden. Es ist an uns, dass wir klare Kante zeigen gegen die Kräfte, die die Demokratie mit Füßen treten. Es ist an uns, uns solidarisch zu zeigen mit den Menschen, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen und genau dadurch zur Zielscheibe werden für Personen, die von Vielfalt nichts, von Einfalt aber umso mehr halten. Wir können nichts dafür, was war. Aber wir können etwas dafür, dass es so niemals mehr sein wird. Genau deshalb ist ein Erinnern so wichtig – an das, was war und was hoffentlich niemals wieder sein wird.

# Gesetzesbruch gehört zum Standard

Die Regelarbeitszeit für den hessischen Beamten liegt derzeit bei 41 Stunden. Werfen wir einen Blick auf Behörden bzw. auf die Verwaltung. Die 41-Stunden-Woche gilt ausnahmslos für alle Besoldungsstufen. Die Arbeitszeit (Anwesenheitszeit) wird durch elektronische Zeiterfassungssysteme präzise erfasst. Sollte das Arbeitszeitkonto ein Plus ausweisen, kann dies durch Verkürzung von Arbeitstagen oder Freizeitausgleich ganzer Tage ausgeglichen werden. Man kann es drehen und wenden wie man will: Die 41-Stunden-Woche ist festgeschrieben. Wird ein/e Mitarbeiter/in befördert, ändert sich an der Arbeitszeit nichts. In manchen Bereichen gibt es die sogenannte Regelbeförderung, also nach einer festgelegten Anzahl von Dienstjahren ohne Veränderung des Aufgabengebietes. Eine Beförderung kann auch im Rahmen eines Stellungsbesetzungsverfahrens erfolgen. Auch dann ändert sich die Arbeitszeit nicht. Selbst in den höheren Besoldungsgruppen wird die Arbeitszeit erfasst und von sogenannten Gleittagen reger Gebrauch gemacht. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Es entspricht genau dem § 85 des Hessischen Beamtengesetzes. Und nach meinem Kenntnisstand haben Gesetze Gültigkeit und sind umzusetzen. Wie sieht es bei Lehrern aus? Das Hessische Beamtengesetz differenziert nicht zwischen Verwaltungsbeamten und verbeamteten Lehrkräften. Das heißt, die Arbeitszeit beträgt ebenfalls 41 Stunden. Bis dato gibt es keine Arbeitszeiterfassung an



**Darf's noch ein bisschen mehr sein: Wenn bei Lehrkräften zusätzliche Aufgaben nach einer Beförderung hinzukommen, geht dies zumeist nicht einher mit einer Entlastung bei den Pflichtstunden. Man kommt sich schnell überladen vor.**

Schulen, wengleich der EuGH in einem aktuellen Urteil entschieden hat, dass Arbeitgeber durch EU-Recht verpflichtet sind, sämtliche Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter genau zu protokollieren. Bislang hat sich das Hessische Kultusministerium in dieser Frage noch nicht wahrnehmbar aus der Deckung gewagt. Auch das will ich hier zunächst außen vor lassen, wengleich das ein interessantes Feld ist.

## Beförderung heißt Mehrarbeit

Ich will zunächst ein konkretes Beispiel für die Verletzung des Hessischen Beamtengesetzes darstellen. An Beruflichen Schulen und Gymnasien gibt es sogenannte Beförderungsstellen von A13 nach A14. Häufig gibt es für bestimmte zusätzliche Aufgaben Deputats-Stunden, also eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung. Sollte im Rahmen einer Beförderung eine derartige Aufgabe inkludiert sein,

bekommt die Lehrkraft im Zuge der Beförderung diese Aufgabe zusätzlich zu der regulären Unterrichtsverpflichtung. Das heißt, wir sprechen nicht mehr von der gesetzlichen 41-Stunden-Woche, sondern von einer 41-Stunden-Woche plus x. Schulleitungen praktizieren das fast durchgängig. Selbstverständlich ist dieses Vorgehen in den Schulämtern und im HKM bekannt. Unter Missachtung der Gesetzeslage sieht man über diesen Verstoß gegen geltendes Recht hinweg. Ich stelle mir schon die Frage, warum hier nicht im Sinne der Fürsorgepflicht und entsprechend dem Beamtengesetz gehandelt wird. Ich sehe ein deutliches Versagen der Schulaufsicht. Auch müssten sich die Interessenvertreter die Frage stellen, ob die Rechtsverstöße einfach so hingenommen werden können. Im Rahmen einer Beförderung und einer damit verbunden Übernahme zusätzlicher Aufgaben müsste die

Anzahl der Pflichtstunden entsprechend reduziert werden. Hier ist das HKM in der Pflicht, einen entsprechenden Erlass auf den Weg zu bringen. Ein rechtskonformes Handeln sollte erwartet werden.

Das vorgenannte Beispiel findet sich z.B. auch häufig bei Fachbereichsleitern/innen an Gymnasien wieder. Auch hier wird aufgrund der höheren Besoldung mit einer zusätzlichen Arbeitszeiterwartung argumentiert. Das Hessische Beamtengesetz sieht das so nicht vor. Die Missachtung der Arbeitsschutzverordnung ist ein zusätzlicher, regelmäßiger Begleiter. Bei Funktionsstellen und Schulleiterstellen gibt es gleichermaßen eine erhebliche Schiefelage. Die entsprechende Beförderung ist in fast allen Fällen mit einer immensen Erhöhung der Arbeitszeit verbunden.

Den vorgesetzten Dienststellen ist das hinlänglich bekannt, ja es wird regelrecht erwartet. Man muss nur die einschlägigen Ausschreibungen lesen. Gerne wiederhole ich mich. Das widerspricht dem § 85 des Hessischen Beamtengesetzes. Nebenbei möchte ich bemerken, dass an Schulen auch permanent gegen das Arbeitsschutzgesetz verstoßen wird.

Schließlich ist bekannt, dass die Landesregierung es mit dem Recht nicht ganz so genau nimmt. Spätestens seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 und dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes Hessen wurde richterlich bestätigt, dass die hessischen Beamtinnen und Beamten nicht amtsangemessen alimen-

tiert werden. Anders formuliert, die Landesregierung hat wider besseren Wissens über viele Jahre das Recht gebrochen und den Beamten einen Teil der Besoldung vorenthalten; man könnte auch schärfere Worte verwenden.

Vielleicht lösen diese Ausführungen eine Diskussion aus, die in einer Einhaltung des Rechtsrahmens mündet. Zumindest habe ich die Erwartung, dass untere und obere Schulaufsicht diese Rechtsverstöße zeitnah unterbinden und ihrer Aufgabe nachkommen.

Vielleicht denken die Verantwortlichen auch einmal darüber nach, warum es immer schwieriger wird, geeignete Bewerber/innen für Funktionsstellen, insbesondere Schulleiterstellen, zu finden.

**Werner Fischer**

*Zum Autor: Werner Fischer war Lehrer mit den Unterrichtsfächern Mathematik und Physik und ausschließlich in den Oberstufenklassen 11 bis 13 eingesetzt. Viele Jahre war der Bensheimer Abteilungsleiter (frühere Bezeichnung Studienleiter) an einem Beruflichen Gymnasium mit fast 700 SchülerInnen. Im Laufe seines Berufslebens war er an Schulämtern und an die Lehrkräfteakademie abgeordnet. Bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand war er Dezernent in einem Staatlichen Schulamt. In seinem beruflichen Werdegang hat Werner Fischer somit Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung sowohl als Lehrkraft als auch aus der Perspektive der Verwaltung kennengelernt.*

## Die rote Ecke

# Durchdigitalisierte Dichter und Denker

Das hat gesessen. Jetzt haben wir es einmal mehr schwarz auf weiß. Unsere Kinder sind dumm. Sie können nicht richtig lesen, von verstehen will ich gar nicht erst reden. Und wenn ich erst an die praktisch nicht vorhandenen Begabungen im Fach Mathematik denke, dann wird mir ganz dezent übel. PISA hat uns allesamt wieder in einen kollektiven Schock versetzt. Was ist nur passiert im Land der Dichter und Denker? Nun, in früheren Zeiten wäre man gewiss auf die Idee gekommen, dass sich im Bildungsbereich etwas ändern muss. Irgendwelche seltsamen Gewerkschafter hätten gewiss wieder ganz schnell gefordert, dass es notwendig ist, mehr Lehrkräfte zu gewinnen, um mit ihnen kleinere Klassen zu ermöglichen, was aus deren Sicht zu deutlich besseren Möglichkeiten führen soll. Da wird irgendwas von individueller Förderung erzählt usw. Erstens hat so ziemlich jeder davon seit seinem alltagsfernen Referendariat sowieso kaum mehr etwas gehört. Zweitens

ist das alles mit einer deutlichen Mehrinvestition in die Bildung verbunden. Da stellt sich doch automatisch die Frage, wer sich das denn heute noch leisten kann.

Es gibt deutlich wichtigere Dinge, die es zu finanzieren gilt. Zum einen sind wir geradezu vom Schicksal dazu gezwungen, weiter kräftig in die Rüstung zu investieren. Es ist doch toll, wenn Deutschland auch militärisch endlich wieder wer ist. Das hatten wir über so viele Jahrzehnte nicht mehr. Wenn das nicht der feuchte Traum so manch eines Parlamentariers ist, der sich in der Sitzordnung des Parlaments auf der rechten Seite befindet (von der Bundestagspräsidentin aus gesehen). Aber vermutlich erzeugt allein der Gedanke auch bei der einen oder anderen Person mit Diätenbezug und anderer Parlamentsplatzierung für ein mysteriöses Zucken im rechten Arm.

Na ja, außerdem müssen wir ja zusätzlich noch sparen, nachdem das doofe Bundesverfassungsgericht

sich erdreistet hat, Unvereinbarkeiten des Haushalts mit dem Grundgesetz festzustellen. Einige haben zwar gesagt, das hätte Christian Lindner (das ist das Model für die hübschen Schwarz-Weiß-Fotos, der im Nebenberuf noch stets bemüht ist, das Finanzministerium zu leiten) vorhersehen müssen. Das ist dann aber doch ein bisschen zu viel verlangt. Wer immer gut aussehen muss, der darf durchaus anderswo Abstriche machen.

Doch unsere Politiker haben es ja seit Jahren erkannt, wie wichtig die Bildung in unserem Land ist, da es sich um die wichtigste, weil einzige Ressource handelt. Dementsprechend werden die Vertreter aller politischen Farben – vor allem in Wahlkampfzeiten – nicht müde zu betonen, dass man alles Erdenkliche dafür tun wird (wahrscheinlich sogar noch viel, viel mehr), dass die Bildung in Deutschland mal einen richtigen Schub bekommt.

Es hat nach der PISA-Hiobsbotschaft nicht lange gedauert, ehe

die ersten um die Ecke kamen und sofort gnadenlos ausmachten, wo hierzulande der Bildungshase im Pfeffer liegt: Die Digitalisierung geht viel zu langsam. Wenn erst einmal alles durchdigitalisiert ist, dann wird der Intellekt selbst bei den Kindern Polka tanzen, die aktuell noch vorwiegend dümmlich in die Gegend schauen. Wenn solch ein Kind erst einmal sein Tablet in die Hand gedrückt bekommt, dann werden sämtliche Kompetenzen praktisch ganz automatisch über das Endgerät ins menschliche Gehirn heruntergeladen werden. Ohne Zweifel.

Klar, da gibt's wieder die neunmal klugen Schweden, die insbesondere jüngeren Jahrgangsstufen wieder die Endgeräte abgenommen haben und auf antiquierte Methoden zurückgreifen. Ganz wie es übrigens auch etliche noch neunmal klügere Hirnforscher fordern. Digitalisierung first, Bedenken second. Das hat einst schon Chris, unser liberales Model, gesagt. Er muss es wissen, denn er weiß alles. **Holger Giebel**

## Die Rückkehr des (nicht zulässigen) Bereitschaftsdiensts

Liebe Schulleitungen, wir hatten es ja bereits vermisst, doch glücklicherweise nehmen einige von euch sich wieder das Recht heraus, Bereitschaftsdienste einzurichten. Beispielsweise so, dass sich jede Lehrkraft an zwei unterrichtsfreien Stunden pro Woche in der Schule aufzuhalten hat, um evtl. für Vertretungen bereitzustehen. Tut uns leid, aber das ist weiterhin unzulässig. Schon allein für die Anordnung gibt es keine Rechtsgrundlage. Hinzu wäre der Personalrat definitiv in der Mitbestimmung (§ 78 (1), Satz 2 HPVG bzw. § 78 (1), Satz 4 HPVG). Also, werte Schulleitungen, lasst es künftig einfach bleiben, okay? Das gibt doch nur Ärger. **Holger Giebel**

## IMPRESSUM

### Bergsträßer Lehrerpost

Redaktion: Holger Giebel  
E-Mail: hgiebel@gew-bergstrasse.de

Herausgeber: GEW Bergstraße  
Internet: www.gew-bergstrasse.de  
Druck: KS Druck GmbH, Heppenheim